

ANTRÄGE

Gegenstand des Antrages:

Einzelhandel und Innenstädte nach Corona stärken

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Berlin wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, für den Zeitraum bis zum 31.12. 2022 das Ladenschlussgesetz auszusetzen. Damit soll den Einzelhandelsunternehmern die Möglichkeit gegeben werden, temporär und im Rahmen eines Pilotprojekts als Kompensationsmöglichkeit für die Zeit nach der Corona Pandemie auch Sonntagsöffnungen zu ermöglichen.

Begründung:

Starke Innenstädte und Gemeinden sind das unsere Kommunen und der Einzelhandel ist dabei die Pulsschlagader. In der Corona Pandemie wurde der stationäre Einzelhandel und Deutschland schwer getroffen. Um für einen bestimmten Zeitraum allen Unternehmen und Sortimenten des Einzelhandels die Möglichkeiten zu geben, ihre Verluste auszugleichen und Existenzen zu sichern muss das Ladenschlussgesetz ausgesetzt werden.

Antragsteller:

MIT Berlin

Gegenstand des Antrages:

Keine Gendersprache in der CDU Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Berlin verwendet in ihren Dokumenten, Publikationen, Internetseiten etc. keine Gendersprache. Dies beinhaltet insbesondere die Verwendung von: Genderstern (Fußgänger*in), Gendergap (Fußgänger_in), Genderdoppelpunkt (Fußgänger:in) und x-Endung (Fußgängex). Grundsätzlich ist das generische Maskulinum (Fußgänger) oder die zweigeschlechtliche Nennung (z.B. Fußgängerinnen und Fußgänger) zu verwenden. Auch die Neutralisierung des Geschlechtsbezugs ist möglichst zu vermeiden (Zu Fuß Gehender statt Fußgänger).

Begründung:

Die CDU hat in ihrem Regierungsprogramm richtigerweise die Forderung aufgenommen, keine Gendersprache in der öffentlichen Verwaltung Berlins zu verwenden. Die CDU Berlin sollte mit gutem Beispiel vorangehen und für sich selbst auch ein solches Verbot beschließen.

Antragsteller:

CDU Friedrichshain-Kreuzberg

Drucksache
**Empfehlung der
Antragskommission:
Erledigung durch
Aufnahme in
Wahlprogramm**

Gegenstand des Antrages:

Wertschätzung für unsere Freiwillige Feuerwehr!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir fordern das Land Berlin dazu auf, die Aufwandsentschädigung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr in Berlin anzuheben. Derzeit beläuft sich diese Aufwandentschädigung auf 3,50 Euro je Stunde. Die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr in Berlin sind in ihrem Alltag immer bereit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt zur Hilfe zu eilen. Sie übernehmen im Rahmen ihres Ehrenamtes viele Tätigkeiten, welche die Berufsfeuerwehr wegen des Personalmangels und starker Belastungen nicht mehr wahrnehmen kann. Wir erachten daher eine Anhebung der Aufwandsentschädigung auf mindestens 5,00 Euro pro Stunde als angemessen.

Begründung:

Sollte eine weitere Begründung erforderlich sein, erfolgt diese mündlich durch einen der anwesenden Vertreter der Jungen Union Berlin.

Antragsteller:

JU Berlin

Gegenstand des Antrages:

**Die Berliner Verwaltung zukunftsfit machen
und den Megatrend „soziales Wohnen“ angehen**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Berlin begreift die öffentliche Verwaltung des Landes Berlin als Dienstleister am Bürger. Um den gesellschaftlichen Ansprüchen der wachsenden Stadt im kommenden Jahrzehnt gerecht zu werden, muss die öffentliche Verwaltung modernisiert werden. Mit unserem Landesvorstandsbeschluss vom 11.12.2020 (Reboot Berlin. Unsere Digitalstrategie für die Hauptstadt) stellen wir klar, dass wir den Anspruch haben, diesen Modernisierungsprozess zu begleiten.

Um das Modernisierungsprojekt der öffentlichen Verwaltung erfolgreich umzusetzen, benötigen wir vor allem professionelles Personal, das über die notwendigen Kompetenzen verfügt, sich den Herausforderungen der wachsenden Stadt - z.B. im Stadtentwicklungsbereich – anzunehmen. Senatsverwaltung für Verwaltungsmodernisierung, Digitalisierung und Personal Um die Berliner Digital- und Modernisierungsstrategie gegenüber der Öffentlichkeit und strategischen Partnern zu vertreten, fordern wir eine Senatsverwaltung für Verwaltungsmodernisierung, Digitalisierung und Personal (siehe 1.4 Reboot Berlin. Unsere Digitalstrategie für die Hauptstadt).

Bündelung von Backoffice-Prozessen

Diese Behörde soll die Modernisierung des öffentlichen Dienstes federführend verantworten. Dazu benötigt sie nicht nur geschultes Personal in den eigenen Reihen, sie muss vor allem sicherstellen, dass das Personal in den einzelnen Fachbehörden über notwendige Kompetenzen wie IT- Fachkenntnisse und agile Führungsfertigkeiten verfügt.

Da die öffentliche Verwaltung innerhalb der nächsten zehn Jahre gleichzeitig vor einer enormen Pensionierungswelle steht (bis 2029 erreicht jeder dritte Beschäftigte das 65. Lebensjahr) ist es umso wichtiger, die Suche nach Talenten für die Arbeit in der öffentlichen Verwaltung zeitnah an einer zentralen Stelle zu bündeln.

Deshalb sollen insbesondere im Bereich der Personalbeschaffung bestehende Backoffice-Prozesse aus den einzelnen Fachbehörden herausgelöst und an zentraler Stelle zusammengeführt werden. So können Skaleneffekte genutzt und Ressourcen gespart werden.

Diese zentrale Verwaltungseinheit - die Senatsverwaltung für Verwaltungsmodernisierung,

Digitalisierung und Personal - muss den Anspruch haben, die Bedarfe der einzelnen Fachbehörden schneller, umfassender und nachhaltiger zu unterstützen, als das in der alten Organisation möglich war.

1.2 Einführung eines Kompetenzpools

Darüber hinaus ermöglicht die zentrale Perspektive, die die neue Senatsverwaltung für Verwaltungsmodernisierung, Digitalisierung und Personal einnehmen kann, eine ganzheitliche und einheitliche Steuerung der Personalpolitik des Landes Berlin. Fehl- oder Minderplanungen lassen sich auf diesem Weg frühzeitig vermeiden.

Ferner sollte das Land Berlin im Verantwortungsbereich der Senatsverwaltung für Verwaltungsmodernisierung, Digitalisierung und Personal einen Kompetenzpool für Bewerber einrichten.

Derzeit sieht die Situation allzu oft noch wie folgt aus: Sie bewerben sich (z.B. als IT'ler) auf eine Stelle im öffentlichen Dienst und werden von der Behörde abgelehnt. Obwohl andere Behörden ebenfalls Bedarfe an IT-Expertise haben, wird Ihre Bewerbung niemals von einer anderen Verwaltung gesehen werden, da es keinen Austausch zwischen einzelnen Stellen gibt. Folglich

werden Sie auch von keiner anderen Behörde entdeckt werden. Bewerben Sie sich auf eine weitere Stelle in einer anderen Verwaltung, beginnt der Einzelprozess von Neuem.

Der öffentliche Dienst des Landes Berlin sollte darum einen Kompetenzpool nach dem Vorbild des EU Concours des European Personnel Selection Office (EPSO) einrichten. Dort können Bewerber auf ihre Kompetenzen hin überprüft werden. Getestet werden in etwa Kommunikation- und Analysekenntnisse, die Fähigkeit zur Problemlösung und die Belastbarkeit. Die in den Pool aufgenommenen Bewerber können ohne weitere Ausschreibung von allen Behörden angesprochen werden.

1.3 Taskforce für Verwaltungsmodernisierung

Die Modernisierung der Verwaltung ist ein langwieriges und vielfältiges Projekt. Dennoch werden die einzelnen Arbeitsschritte zur Erreichung des Ziels in den unterschiedlichen Behörden ähnlich sein. Insofern bietet es sich an, eine inter- und intrabehördliche Taskforce zu gründen, die aus der Senatsverwaltung für Verwaltungsmodernisierung, Digitalisierung und Personal heraus in projektbasierter Arbeitsweise innerhalb der Fachverwaltungen unterstützend tätig ist. Hier sind Gelder, Personal und Expertise gebündelt, um auch kurzfristig Verwaltungsmodernisierungsprojekte umzusetzen und Transformationsprozesse einzuleiten. Die Mitglieder der Task Force können zwischen einzelnen Behörden rotieren, die Aufgaben mit ähnlichen Anforderungsprofilen, aber zu unterschiedlichen Zeiten zu erfüllen haben. Nur mit einer zukunftsfähigen öffentlichen Verwaltung die ihre Arbeitsprozesse regelmäßig selbst überprüft und aufgrund von dateibasierten Faktenlagen zu Entscheidungen kommt, werden wir die großen Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts bewältigen können. Zu diesen Megatrends gehört in besonderer Weise die Frage nach dem guten Wohnen in der Region Berlin-Brandenburg.

2. Landesamt für soziales Wohnen

197
198 Die Schaffung von lebenswertem Wohnraum ist eine entscheidende soziale Herausforderung
199 für Berlin. Dabei gilt es, eine ausgewogene Mischung aus allen Alters- und
200 Einkommensgruppen herzustellen.
201 Doch steigende Mieten und mangelnder Wohnraum treffen insbesondere die schwächsten
202 Mitglieder unserer Gesellschaft. Weil wachsende Wohnungs- und Obdachlosigkeit auch in
203 Berlin ein größer werdendes Thema ist, hat der Landesvorstand der CDU Berlin bereits am
204 24.04.2020 einen 10-Punkte-Plan zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit und
205 Wohnungslosigkeit beschlossen.

206 207 2.1 Zuständigkeiten zur Unterbringung bündeln

208
209 Aufbauend auf diesem Papier ist es unser Ziel, einen zukunftsweisenden Umgang mit
210 Wohnungslosigkeit zu entwickeln. Dabei ist vornehmlich die Vielzahl der unterschiedlichen
211 Bedarfsgruppen zu beachten. Steigende Mieten, Wohnungsnot und Probleme bei der Suche
212 nach temporären Unterbringungen können in Berlin Wohnungslose und Geflüchtete aber
213 auch einkommensschwache Familien, Studenten und Rentner in ähnlichen Ausmaßen
214 betreffen. Eine soziale Metropole wie Berlin sollte mit ihrer öffentlichen Verwaltung den
215 Ansatz verfolgen, diese Bedarfsgruppen zielgerichtet zu versorgen und sie so schnell wie
216 möglich in Wohnraum zu vermitteln.

217
218 Derzeit führen jedoch unterschiedliche gesetzliche Zuständigkeiten zu einer Torpedierung
219 dieses Vorhabens. So sind beispielsweise für die Unterbringung von Obdachlosen die
220 Bezirksämter, für die Unterbringung von Flüchtlingen allerdings das Landesamt für
221 Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) zuständig. Dennoch müssen beide Personengruppen unter
222 gleichen Bedingungen mit temporärem Wohnraum versorgt werden.

223
224 Die CDU Berlin hat im Jahr 2017 mit der Gründung des LAFs richtigerweise auf die damaligen
225 Anforderungen im Bereich der Flüchtlingsunterbringung reagiert. Nachdem das Landesamt
226 für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) mit der Situation 2015/16 überfordert gewesen ist, hat
227 das LAF seit seiner Gründung zahlreiche Qualitätsstandards für ein schnelles und
228 rechtssicheres Asylverfahren entwickelt. Dabei geht es mit seinem Unterkünfteportfolio, den
229 unterschiedlichen Wohnraumtypen und den Angeboten zur sozialen Betreuung bereits heute
230 auf die verschiedenen Bedarfe seiner Zielgruppe ein. Die ist im Übrigen genauso vielfältig wie
231 die Gesamtgesellschaft des Landes Berlin. In den LAF-Unterkünften finden jetzt schon
232 alleinstehende Frauen, Familien, Menschen die bereits arbeiten, Studenten, junge und alte
233 Personen, Angehörige der LSBTI-Community, pflegebedürftige Personen und viele weitere
234 Menschen Angebote zur Begleitung ihrer Lebenssituation. Es wäre für das LAF deshalb
235 aufgrund seiner Expertise bereits zum jetzigen Zeitpunkt möglich, weitere Bedarfsgruppen zu
236 versorgen.

237
238 Aus diesem Grund sollte die Dezentralisierung von Zuständigkeiten zwischen der Haupt- und
239 den Bezirksverwaltungen im Bereich der temporären Unterbringung und des sozialen
240 Wohnens überwunden werden. Dies würde zu einer Bündelung von Ressourcen, Geld und
241 Wissen und zur Beschleunigung der vorhandenen Arbeitsprozesse führen. Gleichzeitig
242 bedeuten weniger Schnittstellen weniger Reibung.

243

Faktisch findet diese Trennung der betroffenen Personenkreise heutzutage ohnehin nicht mehr statt. Für etwa die Hälfte der Personen in den circa 80 Unterkünften des LAFs sind eigentlich die Bezirksämter zuständig. Aufgrund der fehlenden Wohnräume im Land Berlin, können die Bezirksämter jedoch keine Vermittlung in Wohnraum vornehmen - es gibt schlicht zu wenig Wohnungen. In der Folge bleiben diese Personen weiterhin in den LAF-Unterkünften und werden im Rahmen der Amtshilfe vom LAF versorgt.

2.2 Weitere Bedarfsgruppen mitdenken: Landesamt für Soziales Wohnen schaffen

Wie bereits ausgeführt gibt es neben den beiden erwähnten Personenkreisen jedoch weitere Anspruchsgruppen, die, zumindest temporär, mit Wohnraum versorgt werden müssen. Da Wohnen jedoch mehr ist, als bloß ein Dach über dem Kopf zu haben, und deshalb immer auch die soziale, gesellschaftliche Dimension zu beachten ist, muss das Land Berlin seinen stadtentwicklungspolitischen Blick für alle Bedarfsgruppen weiten und vor allem Ansätze entwickeln, um nachhaltiges und soziales Wohnen zu ermöglichen. Dies ist auch eine integrationspolitische Aufgabe, gilt es doch die Anteile der verschiedenen Bewohnergruppen so auszubalancieren, dass die Entwicklung einer offenen Stadtgesellschaft gefördert wird. Dabei sind besondere Anforderungen an den Prozess zur Schaffung von Wohnraum, der Sozialverträglichkeit der Bauprojekte und der Qualität der sozialen Betreuung bzw. Angebote zu stellen. Um auf vorhandene Expertise zurückgreifen zu können, soll das LAF mit seinen bestehenden Standards zu einem Landesamt für soziales Wohnen weiterentwickelt und innerhalb des Ressorts für Stadtentwicklung angesiedelt werden. Bereits heute besteht auf der Arbeitsebene ein enger Austausch zwischen dem LAF und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen. Diese Verortung sichert zukünftig ab, dass städtebauliche und sozialpolitische Projekte in enger Abstimmung entwickelt werden.

Antragsteller:

JU Berlin

Gegenstand des Antrages:

Endlich ein gerechtes Semesterticket!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir fordern, dass in Sachen Semesterticket für Berliner Studierende endlich Gerechtigkeit geschaffen wird. Nach wie vor ist es für sie nicht möglich, sich mit ihrem Semesterticket außerhalb der Tarifzone C des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg zu begeben. Das steht im Widerspruch dazu, dass Studierende von brandenburgischen Universitäten und Hochschulen Verkehrsmittel im gesamten Verkehrsverbund in Anspruch nehmen dürfen – obwohl die Semesterbeiträge in etwa gleich hoch sind.

Das ist nicht nur ungerecht, sondern in klimapolitischer Hinsicht sogar schädlich. Denn wer beispielsweise mit Freunden an einem Wochenende einen der unzähligen schönen Seen Brandenburgs besuchen möchte, der außerhalb der Tarifzone C liegt, greift dafür nicht selten zu seinem Auto oder Carsharing – denn wenn vier Leute Anschlussfahrausweise für Hin- und Rückfahrt erwerben müssen, summiert sich das sehr schnell.

Aber auch in dem Gedanken, dass Berlin und Brandenburg als gemeinsame Region enger zusammenwachsen und zusammenarbeiten sollen, wäre ein Semesterticket unter gleichen Bedingungen ein wertvoller und überfälliger Beitrag. Darüber hinaus würde es in dem angespannten Wohnungsmarkt von Berlin neu dazukommenden Studierenden ermöglichen, ihren Wohnsitz in Brandenburg – außerhalb des Speckgürtels – zu wählen, da durch das Pendeln keine zusätzlichen Kosten entstehen würden.

Die CDU Berlin setzt sich dafür ein, dass der Berliner Hochschulverband, die Senatsverwaltung für Bildung und der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg in künftigen Verhandlungen ein gutes und klares Zeichen für Berliner Studierende setzen, indem in dieser überfälligen Frage endlich Gleichberechtigung hergestellt wird. Ferner setzen wir uns für die Prüfung ein, ob und inwieweit sich ein bundesweites Semesterticket für ÖPNV und Regionalverkehr für alle Studierenden in Deutschland ermöglichen ließe.

Antragsteller:
JU Berlin

Gegenstand des Antrages:

Beste Aussichten für Mieter!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Um der wachsenden Bevölkerung und insbesondere dem Mangel an Wohnungen Rechnung zu tragen, muss der Platz in unserer Stadt klug genutzt werden. Dazu muss auch endlich in die Höhe gebaut werden. Es muss eine Evaluation zu Standorten für Wohn-Hochhäuser in den Bezirken unserer Stadt geben. Wenn Standorte gefunden sind, soll schnellstmöglich gebaut werden. Wir fordern daher den Berliner Senat dazu auf, eine landesweite Hochhausplanung vorzulegen, welche möglichen Standorte für Neubauten oder für die Aufstockungen bestehender Gebäude ausweist.

In diesem Zuge sollte auch geprüft werden, in welchen Vierteln unserer Stadt die sogenannte „Berliner Traufhöhe“ überhaupt noch Sinn macht. Sie wurde im 19. Jahrhundert ursprünglich etabliert, um den Brandschutz in einer wachsenden Stadt gewährleisten zu können. Dies ist nicht mehr zeitgemäß. Heute können effektive Brandschutzmaßnahmen durch moderne technische Mittel und eine angepasste bauliche Umsetzung gewährleistet werden.

Begründung:

Sollte eine weitere Begründung erforderlich sein, erfolgt diese mündlich durch einen der anwesenden Vertreter der Jungen Union Berlin.

Antragsteller:

JU Berlin

Drucksache
**Empfehlung der
Antragskommission:
Überweisung an Forum Europa und
Außenpolitik mit Bitte um Vorbereitung
einer Beschlusslage für den
Landesvorstand**

Gegenstand des Antrages:

China - (10) Forderungen an die neue Bundesregierung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Nach dem G7 Gipfel und der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) ist klar: Amerika ist zurück und verspricht einen Neustart für das transatlantische Verhältnis. Aber: es bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Interessen Amerikas und Europas in Bezug auf den Umgang mit der Volksrepublik China.

China ist erstmals größter Handelspartner (Warenhandel) der Europäischen Union (EU) und hat damit die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) überholt. Deutsche Automobilkonzerne erwirtschaften schon heute mehr als 20 Prozent ihrer Erlöse in China, schätzungsweise werden ab 2030 rund 60 Prozent aller Daimler-, VW- und BMW-Fahrzeuge in China verkauft. Die wirtschaftliche Verflechtung zeigt sich auch bei dem Halbleiter- und Mikrochip- Hersteller Infineon, der gar 40 Prozent seines Umsatzes in China erwirtschaftet. Aber auch Chinas exportgetriebene Wirtschaft braucht Deutschland als einkommensstarken Abnehmermarkt und zum Erwerb dringend benötigter Technologien. Es besteht also eine gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit.

Der wachsende Einfluss Chinas auf Staaten und ganze Regionen ist Grund für eine wachsende Besorgnis in Deutschland und Europa und mehr als eine "systemische Herausforderung". Darüber hinaus haben wir es mit einem Staat zu tun, der Menschenrechte missachtet.

Allerdings sind die großen Menschheitsaufgaben wie der Kampf gegen den Klimawandel, die UN-Ziele zur Nachhaltigen Entwicklung oder das wirksame Eindämmen zukünftiger Pandemien nicht ohne China lösbar.

Aus diesem Grund muss die Bundesregierung von China eine Partnerschaft auf Basis klarer Prämissen einfordern. Wir sprechen uns für eine Partnerschaft mit China aus, die aber auf Augenhöhe, mit mehr Augenmaß und Selbstbewusstsein seitens der Bundesregierung gestaltet werden muss.

Die CDU Berlin fordert:

1. Selbstbewusster gegenüber China auftreten - Schluss mit der moralischen Zurückhaltung in der deutschen Außenpolitik!

Demokratie und die liberal geprägte multilaterale Ordnung sollten Grundprinzip der internationalen Beziehungen sein. Das heißt einerseits, dass wir multilaterales Handeln brauchen, also auch die Zusammenarbeit mit Nicht-Demokratien, um große globale Herausforderungen und Krisen lösen zu können. Andererseits bedeutet dieses Grundprinzip, dass wir unsere freiheitlichen und demokratischen Grundwerte in unserer Außenpolitik verankern müssen und uns für unsere Werte weltweit stark machen.

Wir sind also zur Zusammenarbeit mit China verdammt, weil die globalen Probleme einerseits und die wirtschaftlichen Interdependenzen andererseits dies notwendig machen. Aber diese Interdependenzen beruhen auf Gegenseitigkeit: China exportiert in noch größerem Umfang nach Deutschland, als deutsche Unternehmen nach China. Die Anzahl der Übernahmen europäischer Unternehmen durch chinesische Konkurrenten ist über die letzten Jahre gesunken, nicht zuletzt, weil die Europäische Union mehr Transparenz von Investoren aus Nicht-EU Ländern einfordert.

Wir müssen durch eine enge Koordinierung mit europäischen Partnern eine umfangreichere Reziprozität in den Beziehungen zu China einfordern. Wenn wir als Demokratien gemeinsam auftreten, sind wir stärker. Aus dem Grund kann und sollte Deutschland anfangen, selbstbewusster gegenüber China aufzutreten. Genauso wie die Bundesregierung Menschenrechtsverletzungen seitens Russland kritisiert, zuletzt die politisch motivierte Verfolgung Nawalnys, sollte sie dies gegenüber der chinesischen Regierung in den dafür geeigneten Foren ebenfalls tun. Unser Respekt vor den 1,4 Milliarden chinesischen Bürgerinnen und Bürgern erfordert, dass wir uns auch offen für deren Rechte in ihrer Heimat aussprechen. Harmonie um der Harmonie Willen wäre ein großer Fehler.

2. Bezugsquellen und Absatzkanäle breit diversifizieren und Chinas geopolitischer Investitionsoffensive entgegenwirken!

Unsere Außenwirtschaftspolitik muss von einer stärker strategischen Dimension geprägt sein: Diversifizierung der Wertschöpfungsketten durch funktionierende Regeln im Welthandel, nicht durch Abschottung und national motivierte Interessenartikulation. Drittländern, insbesondere aus dem Globalen Süden, müssen glaubhaft Angebote unterbreitet werden.

Deutsche Konzerne haben von der schnellen wirtschaftlichen Erholung Chinas profitiert. Auf der anderen Seite birgt die wachsende Abhängigkeit von Unternehmen wie beispielsweise VW, Daimler oder Infineon erhebliche Risiken. Das Konzept "Wandel durch Handel" stößt in einem repressiven politischen Umfeld, wie es sich in China in den vergangenen Jahren noch weiter verschärft hat, auf klare Grenzen. Europäische Konzerne könnten ins Visier des chinesischen Scoring-Systems geraten. Wir fordern, dass für deutsche Unternehmen Anreize gesetzt werden, in anderen aufstrebenden Absatzmärkten zu investieren und fokussieren, wie zum Beispiel in Afrika, Lateinamerika oder Südostasien. Wirtschaftliche Risiken können durch staatliche Instrumente abgesichert werden. Erweiterte Mittelstandskredite können kleinen und mittleren Unternehmen Anreize bieten, sich geographisch zu diversifizieren, und somit die wirtschaftliche Abhängigkeit von China zu reduzieren. Außerdem können Ländern weltweit damit Alternativen zu staatlich-

454 chinesischen Projekten im Rahmen der der Belt and Road Initiative aufgezeigt, und deren
 455 wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten von China reduziert werden.
 456

457 Deutschland muss im Rahmen der EU Handelspolitik seine Absatzmärkte
 458 diversifizieren, vor allem durch die Stärkung bestehender Handelsabkommen (Bsp.
 459 Merosur, CETA, EU-Japan, EU-Vietnam, EU-Australien und EU-Mexiko) und durch das
 460 Abschließen von neuen Handelsabkommen mit den USA, Indien, oder der Afrikanischen
 461 Union (AU). Deutschland muss an einem regelbasierten und freien multilateralen Handel,
 462 einer Stärkung der Welthandelsorganisation sowie an stabilen bilateralen
 463 Austauschbeziehungen interessiert sein und dies deutlich machen.
 464

465 3. Transatlantische Kooperation und Politik gegenüber China durch gemeinsame
 466 Sitzungen stärken.
 467

468 Laut einer repräsentativen Umfrage der Körber Stiftung, sind der deutschen Bevölkerung
 469 enge Beziehungen mit China genauso wichtig wie enge Beziehungen mit den USA. Das ist
 470 besorgniserregend!
 471

472 Wir brauchen ein gemeinsames Auftreten gegenüber China im transatlantischen
 473 Austausch: Europa ist Werte- und Bündnispartner der USA. Dieses Bündnis muss wieder
 474 mit Vertrauen gefüllt werden. Zusammen müssen Europa, die USA und andere liberale
 475 Demokratien die liberale Ordnung wieder stärken und eine Allianz der Multilateralisten
 476 bilden
 477 um gegen Chinas alleinigen wirtschaftlichen, politischen, technologischen und
 478 systemischen Führungsanspruch aufzutreten.
 479

480 Ende 2020 schlug die Europäische Kommission „Eine neue EU-US-Agenda für den globalen
 481 Wandel“ vor, um die „Nach-Corona-Welt“ basierend auf unseren gemeinsamen Werten,
 482 Interessen und globalem Einfluss“ zu gestalten. Kurz danach schloss die EU ein
 483 umfangreiches Investitionsabkommen mit China ab, welches viele als metaphorischen
 484 Schlag ins Gesicht für die neue Biden-Administration, die ebenfalls auf mehr Kooperation mit
 485 der EU setzen möchte, betrachteten.
 486

487 Daher fordern wir die Bundesregierung auf, nicht nur die bestehenden Vorschläge in der
 488 neuen „EU-US-Agenda“ glaubhaft umzusetzen, aber sich auch für die Etablierung eines
 489 permanenten, institutionalisierten Mechanismus für den transatlantischen Austausch
 490 über die Herausforderungen, mit denen uns China konfrontiert, stark zu machen. Dies
 491 könnte zum Beispiel durch gemeinsame (virtuelle) Sitzungen der Auswärtigen Ausschüsse
 492 des U.S. Repräsentantenhauses und des EU Parlaments eingeleitet werden.
 493

494 4. China-Koordinator der Bundesregierung: Deutschland muss das Sprachrohr
 495 einer europäischen China Strategie sein!
 496

497 Wir brauchen eine robustere und gemeinschaftlichere Haltung der EU Mitgliedstaaten
 498 gegenüber China. Die Zunahme des gesellschaftlichen Diskurses zu China geht mit einer
 499 stärkeren sicherheits- und geopolitischen Betrachtung Chinas einher (Bsp. 5G;
 500 Desinformationskampagnen; Cybersicherheit; Rechtsstaat und Menschenrechte;
 501 Konnektivität).

502
503 Innerhalb der Bundesregierung gibt es zahlreiche sogenannte Beauftragte,
504 Sonderbeauftragte und Koordinatoren für diverse Themen und Aufgaben. Diese
505 Koordinatoren dienen zu einer besseren Zusammenarbeit der einzelnen ministeriellen
506 Behörden und können zu einer besseren Außenwahrnehmung inhaltlicher Positionen und
507 Themen Verständnis in der Bevölkerung beitragen.

508
509 Der Dialog zu China ist "Chefsache", daher benötigen wir eine klar ausformulierte China-
510 Strategie, die alle Bereiche umfasst (Wirtschaft, Handel, Menschenrechte, Bildung, Kultur,
511 Außen- und Sicherheitspolitik).

512
513 Daher fordern wir einen zuständigen China-Koordinator am Beispiel des Transatlantik-
514 Koordinators der Bundesregierung (Bsp. MdB Peter Beyer). Dieser Koordinator kann an
515 das Auswärtige Amt gekoppelt sein und zuständig für eine Schwerpunktsetzung im Bereich
516 der parlamentarischen Arbeit im Auswärtigen Ausschuss. Dies soll zu einer klaren
517 Positionierung dienen und auf EU-Ebene klare Linie Deutschlands gegenüber Chinas
518 aufzeigen.

519
520 5. Technologische Abhängigkeit verhindern durch finanzielle Förderung von
521 europäischen Tech Unternehmen und wissenschaftliche Zusammenarbeit mit
522 amerikanischen Tech Unternehmen

523
524 China erobert mit einer erheblichen Geschwindigkeit die Startup-Szene. In China gibt es
525 mittlerweile mehr Startups mit Milliarden Bewertungen als im Silicon Valley. Die
526 wirtschaftliche Vormachtstellung wird von Chinas staatlich gelenkter und politisch autoritärer
527 Marktwirtschaft herausgefordert. Insbesondere an den Beispielen der hierfür stehenden
528 geopolitisch motivierten "Belt and Road" Initiative, der "Made in China 2025" Strategie und
529 das von China formulierte industriepolitische Ziel, zum 100. Geburtstag der Volksrepublik
530 China im Jahr 2049 weltweiter Technologie Marktführer zu sein. Diese Entwicklungen dürfen
531 wir nicht unterschätzen und uns nicht verschließen, sondern selbstbewusst auftreten, um
532 den Anschluss an Zukunftstechnologien nicht aus den Augen zu verlieren.

533
534 Wir fordern, Zukunftsinvestitionen in die digitale und analoge Infrastruktur sowie in
535 Bildung und Forschung stärker zu fördern. Smartphones, Tablets, 3D-Drucker und
536 Blockchain stammen nicht aus Deutschland. Made in Germany muss auch bei neuen
537 Technologien greifen und kann sich nicht auf früheren Entwicklungen ausruhen. Wir müssen
538 es schaffen, dass Technologie nicht nur den ein oder anderen Hype erzeugt, sondern auch
539 unseren Alltag verändert mit guten Produkten für die Zukunft.

540
541 Wir fordern, die technologische und wissenschaftliche Zusammenarbeit der USA und
542 Deutschland durch Startup Ideen zu fördern und somit die transatlantische und
543 europäische Wirtschaft zu stimulieren. Dies könnte durch ein Gründer-Austausch-
544 Stipendium erfolgen, bei dem sich Berlin und Silicon Valley durch eine Bildungskoooperation
545 vereinen und den Weg für gemeinsame Zukunftstechnologien frei machen.

546
547 6. Politischen und Kulturellen Einfluss der KPCh in Deutschland unterbinden!

548
549 Durch Propaganda und Desinformationskampagnen in staatlichen und sozialen Medien,

Drohungen gegen Journalisten, politische Spenden an Parteien und Druck seitens chinesischer Diplomaten versucht Chinas Regierung politischen Einfluss auf den Diskurs im Ausland zu erlangen. Zu diesen Instrumenten gehört auch der Versuch der Kommunistischen Partei (KPCh), ein Monopol auf die Definition der chinesischen Kultur, Gesellschaft und Politik zu etablieren. Dazu zählen im Bildungsbereich die Konfuzius-Institute an verschiedenen Universitäten in Deutschland, die von der KPCh als weitere Instrumente der politischen Einflussnahme auf Lehrveranstaltungen, Lehrmaterialien und sogar das Personal an deutschen Hochschulen betrieben werden.

Hinsichtlich dieser Fakten fordern wir, dass die Freiheit der Lehre und der offene politische Austausch in Deutschland nicht gefährdet werden darf. Zum einen müssen wir stärkere Partnerschaften zwischen Bildungseinrichtungen in Deutschland und Taiwan ausbauen, damit eine offene Diskussion über die chinesische Kultur jenseits der vorgeschriebenen Linie von der KPCh stattfinden kann und deutsche Studierende die andere Perspektive kennen lernen können. Wissensvermittlung und die Forschung zu China in Deutschland müssen unabhängig von politischer Einflussnahme durch die KPCh sein. Deshalb fordern wir die Bundesregierung dazu auf, den Betrieb der deutschen Konfuzius-Institute zu untersagen, solange nicht sichergestellt ist, dass diese Institute kein Monopol auf den dortigen Sprach- und Kulturunterricht haben und dem politischen Einflussnah der KPCh unterliegen.

7. Menschenrechte und geltendes Internationales Recht auch unter wirtschaftlichen Aspekten nicht aus den Augen verlieren!

Um Chinas Missbräuchen gegen seine ethnischen Gruppen und religiösen Minderheiten entgegenzutreten, hat die EU Sanktionen gegen vier chinesische Beamte genehmigt, die an der Durchführung von Internierungslagern für Hunderttausende Uiguren in der Region Xinjiang beteiligt sind. Die USA, Großbritannien und Kanada haben sich der EU angeschlossen. Nur durch Kooperation mit starken demokratischen Partnern ist es möglich, Chinas Menschenrechtsmissachtungen entgegenzuwirken.

Auch Taiwan und Hong Kong sind nach wie vor von Chinas Aggression bedroht. Das Sicherheitsgesetz in Hongkong darf nicht zur Abschaffung der Sonderverwaltungszone Hongkong führen. Deutschland hält sich an die „Ein-China-Politik“. Aber auch unter der Ein-China-Politik darf Taiwans Status als eigene politische Entität nicht einseitig in Frage gestellt werden. Wir brauchen eine sicherheitspolitische Strategie zu Taiwan für den Fall einer militärischen Aggression von chinesischer Seite, die zusammen mit den NATO-Partnern auch einen militärischen Einsatz möglich macht, um Taiwan vor bewaffneten Angriffen zu schützen.

Wir fordern die Bundesregierung auf auch künftig die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Taiwan aufrechtzuerhalten. Dies kann auch unter dem Mantel der Ein-China-Politik funktionieren. Als fünftwichtigster Handelspartner Asiens mit über 23 Millionen Bürgern, ist Taiwan wichtiger Partner für Deutschland. Taiwan teilt unsere Grundwerte und setzt sich weltweit für Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte ein. Eine gemeinsame Taiwanstrategie sollte fester Bestandteil der transatlantischen Agenda sein.

8. Stärkung der Bundeswehr um eine regelbasierte Ordnung zu unterstützen

598
599 Das chinesische Finanzministerium hat einen Anstieg der Rüstungsausgaben um fast 7
600 Prozent für das Jahr 2021 bekanntgegeben. Dazu kommen Chinas Gebietsansprüche im
601 Südchinesischen Meer und die Weigerung, verbindliche Schiedsgerichtentscheidungen des
602 Seerechtsabkommens der Vereinten Nationen von 1982 zu akzeptieren. Aus diesen
603 Gründen unterstützen wir den Vorstoß der Verteidigungsministerin Annegret Kramp-
604 Karrenbauer, im Sommer 2021 eine Fregatte der deutschen Marine in die unter anderem an
605 China grenzenden Gewässer zu entsenden und damit die sicherheits- und
606 verteidigungspolitische Kooperation in der Region mit unseren Partnern auszubauen. Auch
607 Chinas Forderungen in der Arktisfrage werden in Zukunft eine Rolle spielen.

608
609 Deutschlands maritime Präsenz ist vor allem wichtig, um ein Signal zu setzen, dass
610 Deutschland bereit ist auch militärisch Unterstützung zu leisten um sich für multilaterale
611 Abkommen und Strukturen einzusetzen. Nur mit mehr Verantwortung Deutschlands in
612 Sicherheits- und Verteidigungsfragen kann eine regelbasierte Ordnung weiterhin
613 funktionieren. Deutschlands sicherheitspolitische Verantwortung kann aber nur im
614 Zusammenhang mit einer mehr Ressourcen und besseren Fähigkeiten der Bundeswehr
615 stehen.

616
617 9. Moderne Technologien gegen den Klimawandel ermöglichen
618

619 China hat angekündigt bis 2060 klimaneutral zu sein. Um der wirtschaftlichen Dominanz
620 Chinas entgegenzutreten, darf Europa nicht den Anschluss an zentrale
621 Zukunftstechnologien im Bereich Solar, Wasserstoff oder erneuerbaren Energien verlieren.
622 Dies beginnt mit einem gemeinsamen Auftreten des Westens bei grundlegenden Fragen
623 wie dem Zugang zu Rohstoffen und seltenen Erden, die zunehmend von China kontrolliert
624 werden.

625
626 Deutschland muss der Anker in der globalen Klimakrise sein. Wir haben ein starkes
627 Interesse an der Funktionsfähigkeit des Pariser Klimaabkommens - auch als Testfall für den
628 Multilateralismus. Wir fordern, dass die Bundesregierung ihre eigenen klimapolitischen
629 Hausaufgaben macht und zugleich klare Erwartungen an Chinas Klimapolitik formuliert.

630
631 Deutschland und Europa muss es gelingen, den Kampf gegen die Folgen des Klimawandels
632 anzupacken und Weltmarktführer im Bereich emissionsfreier Zukunftstechnologien zu
633 werden. Jedoch muss verhindert werden, dass es zu einem globalen Wettlauf zwischen den
634 USA, China und der EU kommt. Vielmehr gilt es, die Zeichen der Zeit zu nutzen und die
635 grüne Transformation als wirtschaftliche und industrielle Chance wahrzunehmen.

636
637 10. Gestärkte Impfdiplomatie und Gesundheitsausrüstung unter fairen
638 Bedingungen
639

640 Wir haben einen klaren Auftrag an uns, stärker als unser geopolitischer Wettbewerber zu
641 sein. Russland und China positionieren sich Europa gegenüber als Wohltäter indem sie an
642 einige europäische Staaten Impfdosen liefern. Neben Russland und dem Sputnik-Impfstoff,
643 versucht China seinen Einfluss in der Covid-19 Pandemie auf Länder weltweit auszuweiten.

644
645 Von Zusammenarbeit innerhalb der EU ist aktuell sehr wenig zu spüren. Mitgliedsländer

entscheiden eigenmächtig über das Grenzgeschehen und ergreifen individuell Maßnahmen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Trotz der gemeinsamen EU-Impfstoffbeschaffung und der Entwicklung mehrerer Corona-Impfstoffe in Europa ist der Impfprozess nur schleppend vorangekommen. Die Covax-Initiative der Weltgesundheitsorganisation soll dafür Sorge tragen, dass es zu einer weltweit gerechten Verteilung der Impfstoffe kommt, insbesondere an die ärmeren Länder des Globalen Südens, die China speziell ins Auge nimmt. Was fehlt, ist ein Europäisches Branding. Die meisten Menschen verbinden Covax nicht mit der EU, daher muss deutlich gemacht werden, dass Europa geschlossen für eine gerechte Impfstoffverteilung im Sinne multilateralen Handelns eintritt. Dies kann nachhaltig zu einem positiven Branding für die EU führen. Die Krise macht deutlich, dass China auch eine weltweite Gesundheitskrise nicht scheut, um ihre eigenen geopolitischen Ziele umzusetzen. Dadurch gerät Deutschland international und machtpolitisch in ein Hintertreffen. Aus diesem Grund fordern wir die Bundesregierung und die EU auf, gerade angesichts der geopolitischen Motive aus Russland und China an die Nachbarschaftsregionen der EU, die Russland und China auch als Alternative zu einer außenpolitischen EU-Orientierung sehen, faire und verlässliche Angebote an diese zu unterbreiten und Unterstützung und Vertrauen zu demonstrieren. Eine Diskussion um eine mögliche Sputnik-Zulassung hilft uns in Deutschland nicht weiter, sondern stärkt lediglich die Propaganda in Russland und China. Ziel muss vielmehr sein, ausreichend europäischen Impfstoff zu produzieren und gerecht an alle Mitgliedsstaaten zu verteilen. Dazu gehört auch eine positive Impf- und Imagekampagne unter dem Motto: Made in Europa. Auf diese Weise kann uns ein besseres Story-Telling gelingen.

Antragsteller:

JU Berlin, Fachkommission Europa und Internationales

Drucksache
**Empfehlung der
Antragskommission:
Überweisung an Forum Europa und
Außenpolitik mit Bitte um Vorbereitung
einer Beschlusslage für den
Landesvorstand**

Gegenstand des Antrages:

Impfstoffdiplomatie nicht den Autokraten überlassen!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Berlin fordert die Europäische Kommission auf, einen konkreten Aktionsplan zur Bekämpfung von Desinformationskampagnen gegen die von der EMA zugelassen Impfstoffe auszuarbeiten. Zudem soll sich der Rat für Auswärtige Angelegenheiten auf einen gemeinsamen Kurs einigen, um im Ausland für die eigenen Impfstoffe zu werben und aktive Aufklärungsarbeit über die Wirksamkeit und Transparenz der europäischen Impfstoffe zu leisten.

Begründung:

Corona hat nicht nur unseren persönlichen Austausch gefährlich gemacht und unsere Kommunikation digitalisiert, sondern auch die Sprache der Macht und Diplomatie neu definiert. Während in den letzten Jahren vermehrt die Bedrohung durch äußere Einmischung in Wahlen unserer westlichen Demokratien wuchs, stehen nun Impfstoffe, deren Herstellung und Verteilung im Fokus der internationalen Beziehungen.

Dabei ist es in der Vergangenheit mehrfach aufgetreten, dass regierungsnahe ausländische Medien in Deutschland und Europa durch gezielte Falschmeldungen die Zuverlässigkeit und Verträglichkeit von geprüften Impfstoffen in Frage stellten. Insbesondere wurde der Impfstoff von Biontech und Pfizer durch den Kreml kontrollierten Nachrichtendienst "Russia Today" und der KPCh unterstellten "Global Times" als wenig wirksam und gefährlich bezeichnet. Da wir das Coronavirus in Europa nur mit einer breit angelegten Impfkampagne, welche durch die Impfbereitschaft der Bürger getragen werden muss, besiegen können, dürfen wir solch ausländischen und strategischen Einmischungen nicht tolerieren.

Außerdem gilt es nicht nur, solche Kampagnen auf europäischen Boden zu unterbinden, sondern auch weltweite Aufklärungs- und Werbekampagnen für europäische Impfstoffe zu initiieren, sobald genug Impfstoff für Länder außerhalb der EU bereitgestellt werden kann. Die westlichen Demokratien dürfen nicht zusehen, wie zumeist autokratische Länder wie China und Russland ihre Impfstoffe an ärmere Länder verteilen, Abhängigkeiten schaffen und uns in der Post-Corona Zeit vor vollendete Tatsachen stellen.

Antragsteller:

Kommission Europa und Internationales der Jungen Union Berlin sowie die Junge Union Berlin

Gegenstand des Antrages:

**Die Finanzierung des zusätzlichen 24/7 Angebots der Notunterkunft der
Berliner Stadtmission in der Lehrter Straße muss erhalten bleiben!**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin wird dazu aufgerufen, sich für den Erhalt des zusätzlichen Tagesangebots der Berliner Stadtmission hinsichtlich der Notunterkunft in der Lehrter Straße (genannt 24/7 Unterkunft) einzusetzen.

Begründung:

Die Notunterkunft der Berliner Stadtmission in der Lehrter Straße zählt zu einer der größten Nachunterkünfte für Hilfsbedürftige in Berlin. Mit insgesamt 170 Gästen pro Nacht ist dieser Ort vor allem ein Zufluchtsort für Obdachlose, an welchem diese schlafen können und warme Mahlzeiten ausgegeben werden. Im Zuge der Corona Pandemie wurde das Angebot für Obdachlose von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales im Winter 2020 erweitert und so genannte 24/7 Unterkünfte stadtweit eingerichtet. Ziel ist es dabei, auch tagsüber den Gästen ein Angebot machen zu können. Die Stadtmission in der Lehrter Straße betreibt nun seit April 2020 solch ein 24/7 Angebot für Obdachlose mit insgesamt 106 zusätzlichen Tagesbetreuungsplätzen und einer Sozialberatung. Für den Zweck der Unterkunft wurde das Gelände teilweise umfunktioniert und vom Senat finanziert. Der Vertrag für dieses Gebäude läuft Ende Juni 2021 aus, ohne dass eine Finanzierungsverlängerung von der Senatsverwaltung aktiv diskutiert wird. Sofern die Verlängerung der Finanzierung ausbleibt, wird das Angebot für Obdachlose und Hilfsbedürftige erneut ausschließlich auf ein Nachrückzugsort zurückgehen, obwohl haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende ein eingespieltes Team zur Betreuung in diesem Jahr entwickelt haben und die Nachfrage seitens der Hilfsbedürftigen auch weiterhin tagsüber groß ist. Demzufolge ist es umso bedauernswerter, dass dieses zusätzliche Angebot, welches Zuruf und Unterstützung auch durch ehrenamtliches Engagement und finanzielle Spenden kleinerer Unternehmen in der Umgebung erhält, vom Senat nicht weiter unterstützt werden soll.

Antragsteller:

Kommission für Justiz, Inneres und Soziales der Jungen Union Berlin sowie die Junge Union Berlin

Gegenstand des Antrages:

ÖPNV endlich sauber und sicher!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir setzen uns für die Einführung von flächendeckender Kameraüberwachung im Bereich von größeren öffentlichen Plätzen, Bahnhöfen (insbesondere S- und U-Bahnhöfen), Tram-Haltestellen sowie an größeren Bushaltestellen ein. Videoüberwachung kann abzuschrecken und im Falle einer Straftat eine schnellere Verfolgung der Täter erleichtern.

Wir fordern die Installierung von Drehkreuzen im Ein- und Ausgangsbereich von Haltestellen von S-Bahn und U-Bahn, wie sie in London und Paris schon lange Standard sind. Damit stellen wir sicher, dass zum Bahnhof nur Zutritt erlangt, wer auch zahlt. Diese Maßnahme soll flächendeckend in der gesamten Stadt ergriffen werden. Bei den dafür notwendigen Umgestaltungen der Stationen soll die Baustruktur der historischen U-Bahnhöfe erhalten bleiben.

S- und U-Bahnhöfe werden immer mehr zu nächtlichen Angsträumen. Wir wollen dagegen etwas unternehmen und in Absprache mit der Berliner Polizei und Bundespolizei in den Abendstunden feste Zwei-Personen-Streifen der Polizei an allen Bahnhöfen im Bezirk einrichten. Diese sollen dabei entweder fest den einzelnen Bahnhöfen oder aber vorrangig der dynamischen Bestreifung mehrerer Bahnhöfe einer S- bzw. U-Bahnlinie zugeordnet werden. Diese Bestreifung soll explizit auch auf dem Bahnhofsgelände und in den Stationen erfolgen und nicht nur durch Nachsicht aus dem Streifenwagen.

Begründung:

Sollte eine weitere Begründung erforderlich sein, erfolgt diese mündlich durch einen der anwesenden Vertreter der Jungen Union Berlin.

Antragsteller:

JU Berlin

Gegenstand des Antrages:

Europäische politische Bildung verpflichtend in die Lehrpläne einführen und fördern

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Berlin fordert den Berliner Senat auf, politische Bildung zur Europäischen Union als prüfungsrelevanten Lehrinhalt in die Lehrpläne aller weiterführenden Schulformen einzuführen. Zudem soll der Senat Klassenreisen nach Brüssel oder Straßburg finanziell fördern, um möglichst vielen Schülerinnen und Schülern einen Einblick in die Arbeitsweise der europäischen Institutionen zu ermöglichen.

Begründung:

Die Europäische Union formt heutzutage in vielerlei Hinsicht politisch und gesellschaftlich unser Leben in Deutschland. Neben der deutschen Staatsbürgerschaft haben Bürgerinnen und Bürger durch die Unionsbürgerschaft, die mit dem Maastricht Vertrag eingeführt wurde, zusätzliche politische Rechte erhalten. Voraussetzung, um aktiv am politischen und gesellschaftlichen Leben in der EU teilzunehmen und diese politischen Rechte auszuüben, ist ein Verständnis der Funktionsweise der Europäischen Union und der Entstehungsgeschichte. Deshalb ist es essenziell, dass alle Schülerinnen und Schüler in Berlin durch europäische politische Bildung die Möglichkeit erhalten sich mit ihrer europäischen Unionsbürgerschaft kritisch auseinanderzusetzen und an der europäischen Gemeinschaft teilzuhaben. Obwohl Europabildung im Rahmenlehrplan Berlins als fächerübergreifender Lerninhalt enthalten ist, variiert die Quantität und Qualität der Europabildung, die Berliner Schülerinnen und Schüler erhalten aufgrund der unkonkreten Vorgaben erheblich. Durch die Einstufung als prüfungsrelevanter Lerninhalt soll gewährleistet werden, dass alle Schülerinnen und Schüler die Funktionsweise der Europäischen Union und ihre Entstehungsgeschichte im Rahmen ihrer schulischen Ausbildung vermittelt bekommen. Zudem soll der Senat Klassenreisen nach Brüssel und Straßburg finanziell fördern, damit das Wissen über die Europäische Union vor Ort durch Besuche der EU-Institutionen vertieft und erfahrbar gemacht werden kann.

Antragsteller:

Kommission Europa und Internationales der Jungen Union Berlin sowie Junge Union Berlin

Gegenstand des Antrages:

**Internationalität vor Ort leben: Städtepartnerschaften der Bezirke durch
Europabeauftragte intensivieren**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Berlin fordert die Bezirke auf, nach der nächsten Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung die Arbeit für bezirkliche Städtepartnerschaften zu intensivieren. Hierfür sollen die Europabeauftragten, die neben vielen weiteren Themen auch für Städtepartnerschaften zuständig sind, befähigt werden, ihre Aufgaben in diesem Bereich stärker wahrzunehmen. Dies kann durch eine entlastende Zuständigkeitsverschiebungen in anderen Bereichen oder durch die Schaffung unterstützender personeller Ressourcen geschehen.

Des Weiteren soll auf eine bezirksübergreifende Vernetzung der bestehenden Angebote mit Städtepartnerschaften durch eine gemeinsame Stabsstelle hingewirkt werden, um die vorhandenen Strukturen der Städtepartnerschaften bezirksübergreifend nutzen zu können. Ziel soll es sein, die eigenen Partnerschaften durch Angebote für Schulklassen, sowie generationen- und bezirksübergreifende Projekte zu intensivieren. Dadurch soll es den Bürgern ermöglicht werden, leichter an Projekten unabhängig vom Wohnort mitzuwirken.

Begründung:

Die Partnerschaften der Bezirke sind vielfältig, historisch bedingt und werden unabhängig von den Städtepartnerschaften des Senats von den Bezirken geführt. Der Austausch ermöglicht den Bezirken, von Best-Practices anderer Städte zu lernen und unabhängig von politischen Disruptionen auf höherer Ebene Informationen auszutauschen. Dies dient außerdem der Initiierung von konkreten Jugendprojekten, der Wirtschaftsförderung und dem

Verwaltungsaustausch. Indes sind die Unterschiede zwischen den Bezirken bezüglich der Weite des Austauschs und der bestehenden Partnerschaften sehr unterschiedlich.

Aktuell sind die Angelegenheiten für Städtepartnerschaften eine von vielen Aufgaben der Europabeauftragten in den Bezirken, die wiederum in jedem Bezirk bei unterschiedlichen Abteilungen liegen. In der Folge kann die Arbeit für Städtepartnerschaften einerseits nicht

immer ausreichend wahrgenommen werden und andererseits fehlt es an jeglicher bezirksübergreifenden Struktur, um Synergien zu nutzen und Projektangebote unabhängig vom Wohnort zu initiieren. Die Stärkung der Europabeauftragten durch Entlastung oder personelle Unterstützung würde es ermöglichen, die Städtepartnerschaften intensiver zu

902 pflegen, wenn notwendig wiederzubeleben und sowohl die Schulen bei Projekten zu
903 unterstützen, als auch Projekte für alle Generationen grundsätzlich anzubieten.

904

905 Nun haben wir es im globalisierten 21. Jahrhundert zwar nach den Weltkriegen und der
906 Wiedervereinigung geschafft, mit den Städtepartnerschaften Freundschaften über
907 Jahrzehnte zu schließen, zu pflegen und nebenbei die Partnerschaften als Austausch für
908 Kultur, Wirtschaft und Politik zu nutzen.

909 Zur Wahrheit gehört auch, dass Städtepartnerschaften nicht mehr notwendig sind, um über
910 den Horizont des eigenen Bezirks und der Stadt hinauszuschauen, um internationale
911 Freundschaften aufzubauen und eine regelmäßige Reisemöglichkeit nutzen zu können.

912

913 Jedoch können die Städtepartnerschaften insbesondere heute ein wichtiges Instrument sein,
914 um Programme von Internationalen Organisationen wie der EU den Bürgern näher zu
915 bringen und das Bild der EU somit vor Ort zu stärken - Europa vor Ort zu leben. Die
916 gestärkten Europabeauftragten könnten mit einer gemeinsamen bezirksübergreifenden
917 Stabsstelle als Verbindung, einen wichtigen Beitrag dazu leisten, diese Partnerschaften
918 überbezirklich zu nutzen und den Bürgerinnen und Bürgern erlebbar zu machen.

919

920

921 Antragsteller:

922

923 Kommission Europa und Internationales der Jungen Union Berlin sowie Junge Union Berlin

924

Gegenstand des Antrages:

Wasserstoffentwicklung in Berlin fördern und fordern. Eine wirtschaftlich nachhaltige und zukunftsfähige Mobilität in Deutschland ermöglichen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die CDU Berlin fordert die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin auf, sich dafür einzusetzen, dass das Land Berlin die Forschung und Entwicklung von Wasserstofftechnologien fördert. Neben der Grundlagenforschung in diesem Bereich soll vor allem die anwendungsorientierte Forschung im universitären Bereich gezielt unterstützt werden, um den Transfer in die industrielle Anwendung in Zukunft zu ermöglichen. Gerade in Hinblick auf die Transformationsprozesse der deutschen Automobilindustrie soll die Umstellung auf innovative und nachhaltige Technologien gefördert werden. Der Fokus sollte dabei auf Durchbrüche bei der Wasserelektrolyse im Industriemaßstab und Transportlösungen zum Grünen Wasserstoff gelegt werden. Der Ausbau der Wasserstofftechnologie ist ein zentraler Baustein, um CO² zu reduzieren und das EU-Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Jedoch sollten nicht nur Nachhaltigkeits- und Klimaschutzziele im Fokus stehen, sondern auch wirtschaftliche sowie soziale Aspekte, die mit solch einem Umbruch einhergehen. Einerseits sollte die Gefährdung von Arbeitsplätzen keinesfalls außer Acht bleiben und andererseits müssen die Entwicklungspotentiale des Wasserstoffausbaus für den Wirtschaftsstandort Berlin realistisch gewürdigt werden.

Begründung:

Neben der Förderung von erneuerbaren Energien und den Ausbau der Kreislaufwirtschaft spielt der Einsatz von sauberem Wasserstoff eine wichtige Rolle, um das Ziel der Klimaneutralität 2050 und den damit verbundenen Green Deal in Europa zu erreichen. Mit dem Einsatz von Wasserstoff möchte die Europäische Kommission vor allem die Treibhausgasemissionen in schwer zu karbonisierenden Sektoren wie der Stahlindustrie oder dem Schwerlastverkehr deutlich verringern. Um die Nachfrage und Investitionen anzukurbeln, setzt die Kommission dafür auf die Europäischen Allianz für sauberen Wasserstoff und bestimmte Finanzinstrumenten wie die Förderung von Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) oder das Programm InvestEU. Zum Erreichen einer sauberen Wasserstoffwirtschaft sieht die Kommission einen drei Phasen Plan bis 2050 vor. Ziel dabei ist es, die Erzeugung von Wasserstoff aus fossilen Brennstoffen schrittweise zu reduzieren.

Mit der im Juni 2020 beschlossenen nationalen Wasserstoffstrategie hat sich die Bundesregierung dem Ziel des Grünen Wasserstoffs aus erneuerbaren Energien

angeschlossen und möchte somit zum Vorreiter der Entwicklung dieser Zukunftstechnologie werden. Im Sinne der Stärkung des Technologiestandorts Deutschland soll gleichzeitig die Wasserstoffwirtschaft zu einem neuen Jobmotor in Deutschland werden. Die Forschung und Innovation spielen dabei eine zentrale Rolle, weshalb eine gezielte Förderung von Demonstrationsprojekten und Konsortien aus Forschung und Industrie in Berlin wichtig ist.

Antragsteller:

Kommission Europa und Internationales der Jungen Union Berlin sowie Junge Union Berlin